

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Böck, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vieles wurde schon gesagt, ich möchte nicht alles wiederholen. Unser Dank gilt der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei für den Haushalt 2017 und die hiermit verbundenen Satzungen.

2017 ist ein besonderes Jahr. Zum ersten Mal seit langer Zeit verstoßen wir gegen das uns selbst auferlegte Gebot des Schuldenabbaus. Obwohl wir im Moment keine sehr großen Baumaßnahmen haben, kommen wir mit unserem Geld nicht hin und erhöhen die Nettoverschuldung. Dies ist noch kein Alarmsignal, denn Memmings Finanzien sind sehr solide.

Nach gefühlt 100 bis 150 Millionen zusätzlichen Investitionen, die mein Vorredner Wolfgang Courage gerade für diesen Haushalt gefordert hat, sind wir etwas bescheidener.

Unsere Fraktion ist zufrieden, dass der **Zehntstadel** nach dem Bürgerentscheid auf einem guten Weg ist, vielen Menschen im Stadtteil Steinheim ein Stück weit zu mehr **Identifikation mit ihrem Stadtteil** zu verhelfen. Wir sind guter Hoffnung, dass nun endlich eine Überarbeitung des Flächennutzungsplans erfolgt. Gerade am Beispiel Steinheims ist gut zu sehen, wohin eine planlose Entwicklung führt, die im Wesentlichen davon geleitet wird, wo gerade wieder ein Grundstück günstig erworben werden kann. Kaum wurde ein neuer Sportplatz gebaut, muss dieser Nutzungseinschränkungen hinnehmen, da er der Bebauung im Weg ist, vor die Büsche noch richtig Wurzeln geschlagen haben. Wenn ein **Bebauungsplan aufgestellt wird, muss zeitgleich fast immer auch der Flächennutzungsplan** geändert werden. Dies stellen wir nicht nur in Steinheim sondern quer durch die Stadt fest. Die Stadtplanung wird mehr und mehr durch das Wahrnehmen von Kaufangeboten von Grundstücken ersetzt.

Nun steht **IKEA** vor der Tür und hat einen **vorhabenbezogenen Bebauungsplan** erstellt und dort zunächst das größte Fachmarktzentrum Deutschlands geplant, dieses nun aber „großzügig“ auf das **zweitgrößte deutsche Fachmarktzentrum** reduziert.

Noch nie hatten wir den Wunsch, großflächigen innenstadtrelevanten Einzelhandel außerhalb der Stadt zuzulassen. Ganz im Gegenteil: Die **Memminger Liste** war Grundlage für die Sanierung der Straßen und Plätze in der Stadt, sie hat den Innenstadt-Händlern Sicherheit gegeben und somit die Möglichkeit auch bei den Banken Kredite zu erhalten. Die Memminger Liste soll nun der Firma **IKEA** geopfert werden, einer Firma, die unbestritten weltweit zu den größten Steuervermeidern zählt und von der die Stadt kaum Steuern zu erwarten hat. Wir sollten unsere knappen Grundstücke sinnvoller verwenden. Dann könnten wir aus diesen mehr Steuerzahlungen generieren. Problematisch sehen wir vor diesem Hintergrund die **Sanierung des Bahnhofsareals**. Wenn die Memminger Liste keinen Bestand mehr hat, dann haben auch mögliche **Investoren am Bahnhof** keine Planungssicherheit und schlechtere Bedingungen bei den Banken.

Im Süden ist geplant, entlang der **Allgäuer Straße** ein Wohnbaugebiet zwischen Autobahn und Eisenbahn, neben einem Gewerbegebiet und unter der Einflugschneise zu erschließen. Wir sehen dies sehr kritisch und würden stattdessen für eine moderate Ausweisung des Gewerbegebiets oder einen Park-and-Ride-Parkplatz plädieren, denn schließlich wollen wir den ÖPNV stärken und die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt verbessern. Ich persönlich bin seit 15 Jahren im Memminger Stadtrat und **seit 15 Jahren** wird mir erzählt, dass man gerade dabei sei einen neuen **Flächennutzungsplan** zu machen. Da schließen wir uns gerne der SPD an, die gerade eben auch die Fertigstellung des FNP gefordert hat. Wann dürfen wir mit einem überarbeiteten Flächennutzungsplan rechnen? Der Landschaftsplan wurde uns bereits 2014 vorgestellt.

Zu der von meinen Vorrednern geforderten **Fachhochschule** für Memmingen ist anzumerken, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die Planzahlen der Bundesregierung für die Studierenden nach unten gehen und derzeit in den Ländern über die Schließung von schlecht ausgelasteten Studiengängen diskutiert wird. Da sollten wir unsere Energie in zielführendere Dinge stecken.

Die **Asylthematik**, die vor einem Jahr noch landauf landab die kommunalen und staatlichen Haushalte belastete, hat sich deutlich entschärft, wir können haushaltstechnisch durchatmen. Doch ist das Problem noch nicht gelöst, es wird vor allem von Stacheldrähten und dem winterlichen Mittelmeer temporär eingedämmt.

Wie jedes Jahr wollen wir auch diesmal daran erinnern....Die Kommunen sind die kleinsten organisatorischen Einheiten in unserem Staat und prägen ganz massiv auch das Verhalten ihrer Bevölkerung.

Unser Lebenswandel sorgt dafür, dass immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen in ihrer Heimat entzogen werden. Falls diese dann um Asyl ersuchen, werden wir sie wohl als Wirtschaftsflüchtlinge abweisen. Wir haben **2007 beschlossen**, den **CO₂-Ausstoß von 1990 bis 2030 um 50%** zu reduzieren. Von diesen 40 Jahren sind nun schon 27 Jahre um, und wir haben leider **noch nicht einmal den Anfangswert von 1990 ermittelt**, geschweige denn ein Konzept zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes.

Der **ÖPNV ist eine wichtige Möglichkeit den CO₂-Ausstoß** zu reduzieren. Deshalb freut es uns, vom ÖPNV Arbeitskreis zu hören, dass die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes auf einem guten Weg ist. Es wird ein Konzept für einen Halbstundentakt in die Stadtteile ausgearbeitet. Schade dass schnelle **für schnelle Verbesserungen keine Haushaltsmittel** bereitgestellt wurden und lediglich auf Haushaltsreste verwiesen wird. Auch für eine **Fahrgastanzeige sind die Mittel** bei weitem nicht ausreichend und auch in der Mittelfirstplanung wurden die Mittel für den ÖPNV nicht erhöht. Der Bedarf an Parkhäusern mit Investitionen in Millionenhöhe ist, wie am Bahnhof-Parkhaus immer sehen kann, gedeckt. weitere Investitionen müssen nun in den ÖPNV fließen. Für die **Parkhäuser** wünschen wir uns, dass die **Öffnungszeiten verlängert und Langzeittarife** in Zusammenarbeit mit der Bahn eingerichtet werden, so dass Bahnpendler das **nahezu ungenutzte Parkhaus am Bahnhof** nutzen können und somit zur **Verbesserung der Einnahmen** beitragen.

Das **Hallenbad** sollte nach unserer Meinung möglichst schnell saniert werden. Das immer wieder diskutierte Ganzjahresbad ist nach unserer Meinung nicht finanzierbar. Ein ständiges hin und her in der Planung zwischen Sanierung und Neubau kostet Hunderttausende Euro unnötiger Betriebskosten für die veraltete Bädertechnik und erhebliche Planungskosten. Die **Öffnungszeiten** im Hallenbad für die Allgemeinheit müssen verbessert werden. Es geht nicht an, dass es an Feiertagen immer und sonntags mit Ausnahme von 4 Stunden für die Allgemeinheit geschlossen bleibt.

Es spricht für die **Finanzstärke** Memmingens, dass wir auch unser **Klinikum** ohne große Mühen durch eine Zeit schlechterer Ergebnisse begleiten können. Leider hat unser alter Oberbürgermeister die Chancen einer Zusammenarbeit mit dem Landkreis nicht entschieden genug verfolgt. Nun hoffen wir, dass möglichst bald ein **medizinisches Konzept** für die optimale Versorgung der Bürger unserer Region erfolgt. Es wäre zu kurz gesprungen sich hier nur auf die Stadtgrenzen zu fixieren. **Wir unterstützen die Finanzhilfen für das Klinikum, denn auch wir meinen, dass ein leistungsfähiges**

Klinikum eine wichtige Einrichtung für unsere Stadt ist. Als Träger stehen wir auch in der Pflicht für Notsituationen aufzukommen.

In einem anderen Fall stehen wir nicht in der Pflicht. 65% des Betrags der **Flughafenfinanzierung** (2,15 Millionen) wird als Darlehen (1,4 Millionen) aufgenommen. Bei uns heißt es ja, man wolle wertvolle Grundstücke kaufen. Der Kreistag Neu-Ulm hat es aber ehrlicher beschrieben. Dort steht in der Sitzungsvorlage dass es sich um eine **Subventionierung** des Flughafens handelt. Wir kaufen dort Parkplätze und vermietete Bürogebäude für viel Geld, doch – und dies wurde im 1. Senat bestätigt – nirgends in unserem Haushalt sind Einnahmen hierfür zu finden. Eine Leistung ohne Gegenleistung ist eine Subvention und die ist **nach EU-Recht verboten**, bzw. die maximale Subventionshöhe wird bereits durch die Subventionen des Freistaats zur Startbahn in Anspruch genommen. Juristische Berater haben uns im Zusammenhang mit dem Erwerb zu **ggf. überhöhten Preisen** sogar vor möglichen **strafrechtlichen Konsequenzen** gewarnt.

Wir würden uns freuen, wenn **stattdessen für Schulsanierungen Kredite** in die Hand genommen werden würden. Damit könnten die Sanierung von Edith-Stein-Schule, Strigel-Gymnasium und Beruflichen Schulen teilweise parallel erfolgen. Auch Bismarck-Schule und Reichshain-Schule dulden kaum mehr einen Aufschub.

Sehr schade finden wir es, dass die **durch einen Wald führenden kurzen Teilstücke der Radwege** zwischen Dickenreishausen und Dickenreis sowie zwischen Amendingen und Eisenburg wahrscheinlich keine **Beleuchtung** erhalten sollen.

Insbesondere die rechtlich bedenkliche Flughafenfinanzierung und der eigenwillige Umgang mit unserem Grundvermögen in Ermangelung eines Flächennutzungsplans halten uns von einer Zustimmung zum **Haushalt** ab. Die nicht zufriedenstellende Behandlung unserer Anträge zum ÖPNV und zur Beleuchtung der Radwege hätten wir noch geschluckt. Doch wir hoffen, auf Besserung in der Zukunft und stimmen mit leichten Bauchschmerzen der **mittelfristigen Finanzplanung** zu, denn diese gibt insbesondere unserem Klinikum die notwendige Sicherheit in schwierigen Zeiten